

Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter
und Straßenbahner Deutschlands.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Den
loerwall 9. Fernspr. A 8539
Postfachkonto Köln 18937.

Nummer 10

Köln, den 15. Mai 1920

8. Jahrgang

Christlich-nationale Arbeiterbewegung und deutsche Lebensfragen.

ineinhalf Jahre mußte in der National-
einmündung und auf anderen Gebieten
zengt gearbeitet werden, um nach
ungeheuren Zusammenbruch wieder
liches und wirtschaftliches Leben er-
zu lassen. Nun haben drei Wochen
gt, diese mühsame Arbeit wieder in
Grundfesten zu erschüttern: Rapp-
sch, Terror im Ruhrrevier
Sachsen, Einmarsch der Fran-
en im Malgau, bedenkliche Los-
ungsbestrebungen im Süden,
ten und Osten sind als maranteste
nisse dieser Wochen noch frisch in
rer Erinnerung.

Recht es gegenwärtig in Deutschland,
wie recht es in der Welt aus?

Die wirtschaftlichen Vorgänge, die wir im
nisch-westfälischen Industriegebiet die
n Wochen erlebt haben, sind ein Ab-
nicht nur des allgemeinen Zustandes
lands, sondern des gegenwärtigen
standes überhaupt. In der Haupt-
können wir ein Dreifaches feststellen:

In allen Staaten streben die früher
brüchten Schichten mit einer Wucht und
gleit nach oben, wie wir dies bisher
Weltgeschichte noch kaum erlebt haben.

Jede Nation versucht selbständig zu
en und ihre Selbständigkeit durch große
arische Machtentfaltung zu sichern.

Drei der vier übriggebliebenen Groß-
le suchen sich über den Rahmen ihrer
ständigkeit hinaus nach wie vor die
herrschhaft zu erobern: England, Amerika,
und.

erblieben sind in der Welt trotz allen
en Gerades von Gerechtigkeit und
glichtigkeit, von Völkerverbund und Schutz
keinen Nationen, von Freiheit der
e und friedlichem Wettbewerb der ein-
a Völker, von Völkerfrieden und all-
mer Abrüstung diejenigen Mächte, die
U als die verderblichsten erkannt oder
anden wurden: der Imperialis-
., der Chauvinismus, der Ra-
alismus und der Militaris-
.

Unter allen Völkern aber ist, ab-
en von Völkerverbund, unsere Lage wohl
chärlichste.

u dem Glanz von außen kommen unsere
eren Schwierigkeiten. Wir
hen aus unserer wirtschaftlichen Not
heraus; ein Teil des Volkes ist schwer
und lebt hemmungslos drauf los, ein
der Arbeiterschaft arbeitet sich an-
end empor; zugleich aber werden Mil-
en von Proletariern ärmer, als sie
is waren, und zu ihnen sinkt gerade
Teil des Mittelstandes herunter, der
in seiner moralischen und intellektuellen
Qualitäten der anständigste und wertvollste
ist. Die Moralität des Staates, nach
zu durch den Friedensvertrag beseitigt

ist im Innern untergraben. Das Beamten-
tum ist nicht mehr ausnahmslos der präzis
funktionierende, unbestechliche Sachverwalter
des Staates, das Heer und die Polizei nicht
mehr der ausreichende Garant für Ordnung
und Sicherheit. Der geistige Hochstand des
Volkes geht zurück, die Weisheitsarbeiter sind
an Zahl und Qualität durch den Krieg
stark mitgenommen. Jetzt nach dem Kriege
spüren sie am stärksten unsere Verarmung.
Die Volks-, Fach- und Fortbildungsschulen
zeitigen nicht mehr die Erziehungs- und
Unterrichtserfolge der Vorkriegszeit. Die
Verarmung der Professoren und der Stu-
dierenden und das Unvermögen des Staates,
die Unterrichts- und Forschungshäfen mit

Zwei Millionen

Handwerker zählt
heute der Deutsche
Gewerkschaftsband, die Organisation der christlich-
nationalen Arbeiter, Handwerker und Bauern. Das
U eine Macht, mit der die Gegner von rechts und
links rechnen müssen. Noch kürzlich umgab der be-
kannte Kolonialpolitiker Dehning bei einer Konferenz
der revolutionären Parteibehörde in Berlin bekannt,
das wiederum an einem neuen Generalstreik nicht
zu denken wäre, weil die christlichen Gewerkschaften
stark mitwachsen würden. Um so unabweisbarer werden
wir vom roten Terror, je stärker wir sind. Wenn
wir erst halt

Zwei mindestens vier Millionen

stehen, werden wir einen Damm bilden, an dem die
Überzahlkale Fiat, wie auch die Reaktion von rechts
sch brechen muß. Das Ziel wird erreicht werden,
wenn jeder einzelne in der Verbandsarbeit seine
P. läßt mit.

genügend Mitteln auszustatten, werden bald
böje, lange nachwirkende Folgen gegen
Der Kampf Aller gegen Alle wird täglich
schärfer, verblissener, die Zahl der Opfer
größer. Verstimmt, geknebelt, verhöhnt,
abgezehrt, mit Gift in den eigenen Adern,
wider sich selbst in seinem Fleische wütend,
so stellt sich uns heute der Körper des
deutschen Volkes dar, dem wir christliche
Arbeiter angehören, und dem wir, was auch
immer kommen mag, immer und überall
angehören wollen. Das Deutschland,
das wir heute vor uns sehen, ist
die letzte Auswirkung der Kräfte
und Strömungen, die zwar in
den vergangenen Jahrzehnten
ihren Höhepunkt erreichten,
aber zurückgingen auf die Ge-
dankenwelt, die zur franzö-
sischen Revolution führte. Das
auf die Revolution folgende Jahrhundert
hat zu einer ungeheuren Entwicklung aller

Kräfte auf dem Gebiete der Wissenschaft
und Wirtschaft, nicht aber zu einer inneren
Kultur geführt. Sie hat kein wahres,
inneres, sittliches Freiheitsgefühl schaffen
können, wie es die Idee des Christentums
erfordert. Und so entstand das mechanische
Denken des 18. und 19. Jahrhunderts.
Wollten die von dem aus diesem Denken
geborenen Marxismus betörten sozialistischen
Klassen durch die Eroberung und rücksichts-
lose Ausnutzung der Gewalt ihre Ideen er-
zwingen, so suchte das Bürgertum ihrer Herr-
zu werden durch Anwendung aller Mittel
staatlicher Macht und gesellschaftlicher Ver-
achtung. Damit schwand das letzte Ver-
trauen der entwurzelten Großstadtmassen
in ihn. Die Gegenläge wurden tiefengroß.
Freilich blieben die anderen Länder auch
von diesen Spannungen nicht frei, aber sie
hatten ein Mittel an der Hand, mit dem
sie den Staat und die Gesellschaft zusammen-
halten konnten: den Nationalismus,
der Deutschland fehlte. Bei dem unange-
prägten Gerechtigkeitssinn der Deutschen
hätte man dies nur verhindern können
durch eine sittliche Idee. Nur die Idee
der sozialen Gerechtigkeit konnte für
uns in Deutschland das einigende Band
werden.

Welche Mittel haben wir zur Rettung?

Was gibt es eigentlich noch Lebenskräf-
tiges in Deutschland? Was hindert uns,
an unserer Zukunft völlig zu verzweifeln?
Lebt der Marxismus noch? Darauf
gibt es nur eine Antwort: Er ist tot. Seine
Aposteln selbst haben ihn aufgegeben. Fragt
Lenin und Krassin in Rußland, fragt die
unter Hunger, Arbeitszwang und Kautz-
jammernden Arbeiter in den bolschewistischen
Arbeiterarmeen und Konzentrationslagern!
Seht nach Deutschland, ob Ihr noch einen
Führer der Mehrheitssozialisten oder sogar
der Unabhängigen findet, der noch mit seinem
innersten Herzen am Marxismus hängt.
Hat die Gedankenwelt des bürger-
lichen Hochkapitalismus noch irgend-
welche Lebenskraft? Er ist zusammen-
geschmettert und zusammengebrochen wie
ein tönerner Koloss. Lebt der Chauvi-
nismus noch? Der Widerstand von 95
Prozent der Bevölkerung gegen den Rapp-
Vuisch hat für ihn wohl die Antwort ge-
geben. Was lebt denn wirklich noch?
Darauf die Antwort: Eines lebt und wird
leben, das haben trotz aller traurigen Er-
scheinungen die vergangenen Wochen gezeigt:
Das ist der gesunde Sinn für Ord-
nung und Arbeit, der in der breiten
Masse der Arbeiter und Angestellten sich
immer wieder durchsetzen wird. Der deutsche
Arbeiter wird nicht eher wieder zustieder
sein, als bis die Eisenbahnzüge wieder mit
alter Pünktlichkeit auf die Minute genau
fahren, bis alle Essen von Oberbayern bis
zur Saar wieder ihre dichten Rauchwolken

zum Himmel emporsenden, bis ganz Deutsch-
land wiederhallt vom Stampfen und Häm-
mern der Maschinen, als ob es eine ein-
zige große Werkstätte sei. Dies ist der
innerste Wunsch der großen Mehrheit der
deutschen Arbeiter. Sollen wir uns in der
Erfüllung dieses Wunsches ewig hindern
lassen von den Halbwüchsiges des Jahrgangs
1918? Ihr alle Älteren, die vier Jahre
lang gebuldet, gefämpft, gehungert und ge-
schwiegt habet, soll der Liebtnechtjahrgang
Euch ewig terrorisieren, wollt Ihr ewig
ängstlich spielen nach dem, was die aus
dem Osten zugewanderten in ihren gebirgten
Konventikeln über Euch beschießen? — Das
wollt Ihr nicht! Darum müßt Ihr auch
den Mut haben, den Kampf dagegen auf-
zunehmen. Die Parole in diesem Kampfe
muß heißen:

**Sittliche Kraft und Gerechtigkeit auf dem
Boden des Christentums!**

Damit haben wir zugleich den Boden
gewonnen für den Kampf gegen den Ver-
sailer Vertrag. Gegenwärtig wird das
französische Volk durch hochtönenden Chau-
vinismus und mit dem preußischen Gespenst
in Atem gehalten. Auf die Dauer kann
man auch in Frankreich den Hunger der
Arbeiter nicht mit Öhren und Gespenstern
stillen. Dieses System muß zugrunde gehen
durch seine innere Unwahrhaftigkeit. Die Vor-
setzung hat mehr als einmal den Willen des Bö-
sem zum Guten gelenkt. Die Gewaltpolitik der
in Frankreich herrschenden kapitalistischen
militaristischen Klasse wird etwas erreichen,
was wir selbst durch Jahrhunderte nicht
erreicht haben. Der einseitliche nationale
Gedanke, das nationale Gemeinschaftsgefühl,
das wir in Stunden des Glückes immer so
leicht geopfert haben, es wird uns auf ewig
eingehämmert werden durch die Kolben
und Bajonette der Marokkaner und Senegalesen. Die christliche Arbeiterbe-
wegung ist heraus, ihrerseits mit
Nachdruck an der Herausarbeitung
des einseitlichen nationalen Ge-
dankens in Deutschland mitzu-
arbeiten.

Wir müssen weiterhin auf eine Ver-
einfachung der Staatsverwaltung
drängen. Deutschland ist zu arm, als daß
es fünfzig noch mehr als 20 Parlamente
und etwa 150 Minister gebrauchen kann.
Es muß ein engeres Verwahren der einzel-
nen Länder mit dem Reich herbeigeführt
und ein weitgehender Ausbau der Selbst-
verwaltung erfolgen. Der Staatsgedanke
muß von unten nach oben wachsen. Es
muß eine organische Verbindung
zwischen Politik und Wirtschaft herbeigeführt
werden, aus dem Reichswirt-
schaftsrat muß die Kammer der Ar-
beit erwachsen. Die Arbeitnehmer müssen
als Menschen und Gehilfen in den Pro-
duktionsprozeß eingegliedert werden. Sozia-
lisierungsgesetze im Sinne der Verstaat-
lichung als Ergebnisse einer Augenblicks-
konstellation und Stimmung lehnen wir
ab. Denn bei der heutigen Geistes-
verfassung eines großen Teiles
der verhetzten sozialistischen Ar-
beitermassen wird jede Sozialisie-
rung zu einer gewaltigen Unter-
billanz der sozialisierten Werte
führen. Aber wir können auch keine
zügellose Konkurrenz, namentlich nicht bei
den Gewerben, die für den Export arbeiten,
ertragen. Die ganze Entwicklung drängt
auf einen Mittelweg zwischen Sozia-
lisierung und hochkapitalistischer
Betriebsweise. Dieser Mittelweg wird
liegen in der Gründung von autonomen
Wirtschaftskörpern unter Mitbeteili-
gung der Arbeitnehmer und einer gewissen
Eingriffnahme des Staates.

Wir fordern Sparsamkeit im Staat,
in den Gemeinden und bei den Privaten.
Das ist die erste Grundlage zu unserer
wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung.
Von der Pflicht zur Sparsamkeit muß jeder
Einzelne durchdrungen sein. Sparsamkeit
am rechten Ort ist die Vorbedingung der
Produktivität eines Landes. Was auf der
einen Seite mehr produziert wird, darf auf
der anderen Seite nicht der Volkswirtschaft
wieder verloren gehen durch die Schand-
und Luxusproduktion für das Inland und
für das parasitäre Schiebertum. Wenn die
Bergleute, die Landarbeiter, die Eisen-
bahner im Interesse der gesamten Volks-
wirtschaft mehr Arbeit leisten, so haben sie
auch ein Recht zu fordern, daß unsere Wirt-
schaft nicht von anderer Seite aus unter-
höhlt wird. Daher müssen sie den rechts-
losen Kampf verlangen gegen das Inland-
und Grenzschiebertum, gegen den Amüsi-
erpokel der Großstädte, gegen Kinos und
Spielclubs.

Gerade vom Standpunkt des Christen-
tums müssen wir mit allem Nachdruck eine
energische und zielbewusste Wohnungs-
politik fordern. Hier dürfen nicht finanz-
politische Erwägungen entscheidend sein,
sondern es müssen Grundsätze einer gesunden
Bevölkerungspolitik den Ausschlag geben.

Wir verlangen weiter eine energische
Inangriffnahme der Siedlung. Deutsch-
lands Armut tritt am härtesten zutage, bei
denen, die anfangen wirtschaftlich selbst-
ständig zu werden. Sie haben und leiden
stets am meisten. Wer die Sequenzhaftigkeit
und die Genüsse der Großstadt nicht ent-
behren kann, dem müssen wir zurufen: Hände
weg von der Siedlung! Eine massenhafte
Aufstellung des Großgrundbesitzes ist, solange
es an geeigneten Siedlern fehlt, Unsinn.

**Was fordert die soziale Gerechtigkeit und
das Christentum von uns?**

Menschen und nicht Einrichtungen!
Das Zeitalter des Kapitalismus muß im
wesentlichen in den Händen der Menschen
überwunden werden. Soelndar können die
Arbeiter heute durch den Einfluß der Gewerk-
schaften alle wirtschaftlichen und sozialen
Veränderungen durchsetzen, auf die sie sich in
ihrer großen Mehrheit einigen. Aber dieser
Schein verleiht leicht zum Machttaumel,
der in der Politik für jede Schicht und
Gruppe, welche auch immer es sei, das Ge-
fährlichste ist. Entweder wird man über-
müht und verläßt den Boden der Wirk-
lichkeit, oder man hat aus eigener Schwäche
Angst vor den eigenen Folgen des Sieges.
Diese letztere Seelenverfassung ist heute
vielfach zu dominieren. Denkt an die
Franzosen, denkt an Legionen, denkt an
Däumig und vor allem an den russischen
Bolschewismus. Niemand von ihnen kann
zur Ruhe und zur klaren Ueberzeugung
kommen aus Angst vor dem eigenen Siege.
Und wenn es dann zu spät ist, kommt end-
lich die Einsicht. Wenn die Wirtschaft ab-
steigt, statt aufzusteigen, dann haben alle
sozialen Gesetze keine andere Wirklichkeit,
wie ein herokisches Spiel auf dem Theater.
Unsere Pflicht als christliche Gewerkschaftler
ist eine große, aber auch eine zukunftsreiche.
Wenn wir nicht den Glauben verkünden und
dem Glauben leben, daß der Staat nur auf
dem Boden der sozialen Gerechtigkeit be-
stehen kann, und daß nur dann seine Macht-
mittel ihre innere sittliche Berechtigung
haben, wer soll es dann tun? Die zwei
Generationen hindurch im Marxismus und
Materialismus erzeugten sozialistischen Ar-
beiter werden es nicht können, auch wenn
die Idealisten unter ihnen es wollten. Denn
ihnen fehlt die Basis der ewigen Wahr-
heit und heilen, die uns das Christentum bietet,
durch die allein es für uns eine Rettung gibt.

Ohne Bewußtsein, daß wir nur ein Teil
großen Ganzen sind, und daher auch Rechte
vor den anderen Ständen haben und
ihnen zusammenarbeiten müssen, werden
wir nur willenlose Atome sein in den
Öfen und Ketten anstürmenden Schlamm-
fluten der staatlichen und gesellschaftlichen
Zerörung. Der Glaube an den Staat
der Gerechtigkeit nach außen wie nach
innen, er wird nicht nur uns, sondern
auch unser ganzes Volk retten. Es
Euch aber soll die Geschichte sagen
daß Ihr seine Bannerträger gewes-
eid.

Maifeiergedanken.

„Nur die Arbeit kann uns retten“
„Sozialismus heißt Arbeit“ so laut es
heute in allen Variationen entgegen. Was
die wir tagtäglich der ersten Arbeit ab-
gehen, nicht nur durch die Not des Lebens
dazu gezwungen, sondern auch aus der
Pflichtbewußtheit heraus, können uns be-
freien, wenn im neuen Deutschland die
Arbeit wieder ihren Adel erhält, wenn wir
mehr ehrliche Arbeit und lei es die gering-
einfache Handarbeit, als minderwertig
erachtet wird. Gerade wir als christliche
Arbeiter können doppelt freudig begrüßen,
wenn in Zukunft ehrliche Arbeit nicht mehr
als ein Makel empfunden und gewertet
wird, wie es im alten Deutschland vielfach
geschah. Auch wir haben es bitter empfun-
den, daß der Sohn eines Betrüglers in
Brotarbeit, sofern er es nur wollte,
durch die weiten Mägen des Straßenge-
büches durcheinanderzujagen, Offizier werden
konnte, was in der Praxis dem Sohn
eines ehrlichen Arbeiters oder Handwerkers
verwehrt war. Ruhig konnte früher in
nächststunde, unter Kuratel stehende jun-
ger Graf sein Adelsprivileg führen, ab-
sobald er verarmt sein Brot durch ein Ge-
werbe oder gar ehrliche Handarbeit zu
dienen wollte, wurde er des Adels verlustig
erklärt. Wenn mit diesen Vorurteilen, ab-
bieren Fesseln oben angeführte Tatsachen
nur einige trasse Beispiele sind, nunmehr
gründlich aufgeräumt wird, wenn Faulheit
und Nichtstun, das Leben auf anderer
Klassen, das Merkmal des Bösen, Verwerf-
lichen und Verachteten aufgedruckt wird, das
erbilden wir darin einen erfreulichen Fort-
schritt nicht nur in wirtschaftlicher, sondern
auch kultureller Beziehung. Diesem Um-
schwung in der Beurteilung und Wertung
der Arbeit auch einen äußerlichen Ausdruck
zu geben, dagegen haben wir nichts einzu-
wenden, könnten es vielmehr mit Freude
begrüßen, wenn ein Tag im Jahre der
Feier der Arbeit und treuen Pflichterfüllung
gewidmet würde. Einen weiteren In-
halt könnte ihm gegeben werden durch
den Gedanken von dem Rechte und der Ge-
rechtigkeit im sozialen und internationalen
Leben.

Dazu aber ist der bisher gefeierte 1. Mai
nicht geeignet. Der Inhalt der sozialdemo-
kratischen Maifeier entspricht nicht den oben
angeführten Gedanken und Bestrebungen.
Im letzten Jahrzehnt waren sie nichts anderes
mehr, wie Propagandaveranstaltungen der
sozialdemokratischen Partei, ohne tiefere
Inhalt. Für den Wahlsonntag noch weiter
zu demonstrieren, hat heute, nachdem er ein-
geführt ist, in Deutschland keinen Zweck
mehr. Im Gegenteil, er wird durch die
Abkündigung eines Arbeitstages, in einer
Zeit, wo wir kaum so viel produzieren können
um die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse
zu befriedigen, in Wirklichkeit sabotiert.
Jede Stunde Arbeit, die die gesamte
deutsche Arbeiterkraft heute versäumt, be-
deutet eine erhebliche Schwächung unserer

Lawirtschaft, die allein uns zum Leben
 en kann, was wir bitter notwendig haben.
 Diese Ermüdungen recht realer Natur
 zu die arbeitslosen Gewerkschaften in
 der Linie veranlaßt, die Arbeitsruhe am
 Mai abzulehnen. Hinzu trat noch die
 lung vor dem Gezeje der Demokratie.
 dem die Nationalversammlung, wie
 die meisten Parlamente der einzelnen
 staaten, es abgelehnt hatten, den 1. Mai
 Feiertag zu erklären, erforderte die
 lung vor der kantonalen Autorität, ohne
 kein erträgliches soziales Leben möglich
 die Beachtung dieses Beschlusses.
 Das Hemd liegt uns näher wie der Rock.
 dann, wenn für unser armes Deutsch-
 bessere Zeiten angebrochen sind, wenn
 mehr Not und Elend und über dem
 se zusammenzuschlagen droht, erst
 wird für uns die Zeit gekommen sein,
 ein echtes und rechtes Malenfest zu
 en. Nicht aber ein Malenfest nach so-
 demokratischer Auffassung, welches seine
 jekeln in dem nächsten kalten Baden des
 rialismus hat. Schon heute ist der
 ante, der diesem Feste die rechte Weihe
 n muß, in unseren Reihen lebendig.
 müssen heraus aus der engen Zwangs-
 des Materialismus, des Gewinnstre-
 um jeden Preis. Arbeit und treue
 afterfühlung um ihrer selbst willen müssen
 Leben erst den wahren Inhalt geben.

Rentabilität der Straßenbahnen.

Realpolitik treiben ist nichts anderes, als
 mittlichen Verhältnisse möglichst objektiv
 beurteilen und unter Berücksichtigung des
 erbeuten das höchste Ziel möglichst zu
 ighen suchen. Der Realpolitiker versucht
 n, wenn er das Ziel nicht auf einmal
 ighen kann, durch praktische Arbeit Schritt
 Schritt dem näher zu kommen.
 Diese einzig richtige Taktik mußte auch
 den Gewerkschaften eingeschlagen werden.
 ihr ist der ganze Erfolg zu verbanten.
 Politik müssen wir aber in Zukunft
 re wie bisher treiben, da die wirtschaft-
 Grundlage der Straßenbahnen in letzter
 ganz erheblich ins Schwanken gekommen
 Solange die gewerkschaftlichen Erfolge
 Lohnerhöhungen und sonstigen Verbesse-
 ren der Dienstverhältnisse aus den über-
 ighen der Bahnen gezahlt werden konnten,
 ighen waren diese Erfolge trotz aller
 ighigkeiten doch verhältnismäßig leicht
 ighen, wenn nur die Geschlossenheit
 Kollegen vorhanden war. Die Entwic-
 g hat nun in den letzten Jahren die
 ighnisse von Grund auf geändert. Die
 ighnisse der Straßenbahnen sind fast
 ändig verschwunden, wenn nicht eine
 e erhebliche Erhöhung der Fahrpreise
 geführt ist.

Schon in der Vorkriegszeit hatten die
 ighbahnen, abgesehen von einigen
 ighbetrieben und soweit sie nicht in enger
 ighbindung mit den großen Elektrizitäts-
 ighgesellschaften standen, eine durchweg
 ighere Verzinsung des investierten Kap-
 igh aufzuweisen, wie es sonst in der Indu-
 igh und dem Gewerbe üblich war.

Ihre Ursache hatte diese verhältnismäßig
 ighige Verzinsung gewiß nicht in dem
 ighel an Erwerbskassen der Verwaltungen,
 ighern in dem Umfange, daß der Preis
 igh die Beförderung durch die Natur der
 igh sehr beschränkt war. Als öffentliche Unter-
 ighmen bedurften sie der Konzession, der
 ighstimmung der in Betracht kommenden
 ighörden, die in der Regel schon in der
 ighnehmigungs-urkunde den Beförderungs-
 ighsatz festlegten und jede Änderung von

ihrer Zustimmung abhängig machten. Ein
 ighanschläger guter Gewinn konnte in der
 igh Regel nur auf Kosten der sozialen Ver-
 ighpflichtung gegenüber ihren Angestellten und
 igh Arbeiter herausgewirtschaftet werden.

Die Möglichkeit, höhere Tarife einzu-
 ighühren, hat auch dann noch ihre erheblichen
 igh Schwierigkeiten, wenn von den Behörden
 igh kein Widerspruch erhoben wird. Das Be-
 ighdürfnis nach Fahrgelagen ist nicht immer
 igh bei allen Fahrgästen eine zwingende Not-
 ighwendigkeit, sondern zum guten Teil ein
 igh recht beherrschbarer Begriff. Wird ein gewisser
 igh Punkt bei der Erhöhung des Fahrpreises
 igh überschritten, bringt diese Erhöhung keine
 igh Mehrerinnahme ein, die Zahl der Fahrgäste
 igh sinkt in dem Maße, daß sich der Betrieb
 igh selbst aufzucht. Eine weitere Erhöhung
 igh würde keine Mehrerinnahmen mehr bringen.
 igh In diesem Punkt scheint man nunmehr in
 igh den meisten Städten angelangt zu sein.
 igh Wenn die Tarife innerhalb 2 Jahren viel-
 igh fach um das 5 bis 10fache gestiegen sind,
 igh ist es verständlich, daß in dieser teuren Zeit
 igh das Publikum auch an diesem Ende zu
 igh sparen anfängt. Auch vom sozialen Gesichts-
 ighpunkt aus betrachtet würde eine weitere
 igh Erhöhung die allergeringsten Bedenken hervor-
 igh rufen müssen. Eine gesunde Wohnge-
 ighpolitik läßt sich in den Großstädten nur mit
 igh Hilfe verhältnismäßig billiger Fahrgelagen-
 igh heit durchführen.

Durch die Preissteigerungen in den letzten
 igh Jahren sind die Straßenbahnen in eine
 igh bedrängte Lage gekommen. Die Unkosten
 igh sind schneller gestiegen als die Einnahmen.
 igh In welchem Umfange, zeigt eine Gegenüber-
 ighstellung der Preise von 1914 und heute.
 igh Kalkulationen sind gestiegen von 130 Mk.
 igh die Tonne auf 4000 Mk. Kupfer, ein sehr
 igh begehrtes notwendiges Material, von 150
 igh auf 52 Mk. das Kilo. Ein neuer Motor-
 igh wagen von 10 bis 15000 Mk. auf 20000
 igh bis 25000 Mk. Die laufenden Stromkosten
 igh sind durch die Verteuerung der Kohlen um
 igh das mehrfache gestiegen. Dazu die Steige-
 igh rung der Löhne, die heute trotzdem zum
 igh großen Teil noch hinter der Verteuerung
 igh der Lebenshaltung zurückbleibt, um das 5
 igh bis 10fache, abgesehen von den Kosten der
 igh Arbeitszeitverkürzung, die ebenfalls ganz
 igh erhebliche Summen ausmacht, da beim
 igh Fahrpersonal eine Verkürzung der Arbeits-
 igh zeit nur in geringem Maße durch sorgfälti-
 igh gere Behandlung der Apparate, durch Ver-
 igh minderung von Unfällen und Zusammen-
 igh stößen, nicht aber durch Steigerung der
 igh Intensität der Arbeitsleistung weit ge-
 igh macht werden kann.

Es wäre eine Vogelstraußpolitik, wenn
 igh die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen
 igh an diesen gegebenen Tatsachen einfach vor-
 igh bei gehen wollten. Es wäre dieses ein
 igh Arbeiter, ein Reparieren an Dach und
 igh Zimmern eines Hauses, dessen Fundament
 igh bedenklich ins Schwanken geraten ist. Selbst
 igh eine gründliche Sozialisierung oder Komu-
 igh nalisierung sämtlicher Bahnen kann hier
 igh nicht die gewünschte Besserung bringen.
 igh Städte, Kreise und Staaten sind heute be-
 igh zert finanziell angespannt, daß sie schwerlich
 igh noch große Opfer als Zuschuß zu den Bahnen
 igh bringen können.

Kommt keine durchgreifende Regelung,
 igh wird das Straßenbahnwesen, ebenso schnell
 igh wieder den Krebsgang gehen, wie es in den
 igh letzten 50 Jahren seinen Aufstieg genommen
 igh hat. Eine Reihe von kleineren Kapital schwachen
 igh Bahnen hat heute infolge der angegebenen
 igh Ursachen den Betrieb schon eingestellt. Eine
 igh weitere Anzahl steht vor diesem nämlichen
 igh Schritte. Wenn die Entladung in nicht
 igh noch größerem Maße erfolgt ist, dann des-
 igh halb, weil in vielen Fällen mit der Still-

legung auch zugleich die Konzession verlorene
 igh geht, und die meisten kleinen Straßenbahn-
 igh Aktiengesellschaften Tochtergesellschaften der
 igh großen Elektrizitätsfirmen sind und in ihr
 igh bisher den notwendigen finanziellen Rück-
 igh halt gefunden haben. Bei vielen, auch
 igh manchen städtischen Bahnen ist auf Kosten
 igh der Solidität des Unternehmens, durch rest-
 igh lose Ausnutzung des vorhandenen Materials,
 igh ohne die notwendigen Ausbesserungen und
 igh Neuananschaffungen, oder mit Zuschüssen aus
 igh anderen Kassen weiter gewirtschaftet worden,
 igh in der Hoffnung, daß bald eine Besserung
 igh der Dinge eintreten würde.

Eine Zeitlang läßt sich mit berattigen
 igh geschäftlich und laienmäßig recht zweifel-
 igh hafften Mitteln ein Unternehmen halten,
 igh um aber später um so bestimmter und gründ-
 igh licher zusammen zu brechen. In der richtigen
 igh Erkenntnis dieser Sachlage gehen nun in
 igh letzter Zeit auch große leitungs-mäßige Unter-
 igh nehmen dazu über und versuchen, das durch
 igh die Tarifierhöhungen verschobene Verhältnis
 igh zwischen Angebot und Nachfrage der Beför-
 igh derungsmöglichkeit ins Gleichgewicht zu
 igh bringen. Mit anderen Worten, den Betrieb
 igh durch eine dünnere Reidenfolge der Wagen
 igh einzuschränken.

Für die Arbeiter und Angestellten kann
 igh diese Entwicklung nicht von Vorteil sein,
 igh insbesondere nicht in gegenwärtiger Zeit.
 igh Trogg des schlechten Standes unserer Wirt-
 igh schaft leben wir, wie sich die deutschen Waren,
 igh infolge des Teuerung, immer mehr dem
 igh Weltmarktpreise angleichen. Naturgemäß
 igh wird der Ausländer zuerst im eigenen Lande
 igh kaufen, wenn dort die Waren genau so
 igh billig wie im Auslande sind. Deutschland
 igh aber muß Fertigwaren ausführen, um die
 igh so notwendigen Einfuhr von Lebensmitteln
 igh und Rohstoffen bezahlen zu können. Jede
 igh Beschränkung der Ausfuhrmöglichkeit bedeutet
 igh daher Verminderung der Arbeitsmöglichkeit,
 igh gleichbedeutend mit einer Erhöhung des
 igh sozialen Aufstiegs der arbeitenden Schicht.
 igh Wie aus diesem Dilemma ein Ausweg ge-
 igh funden wird, ist in erster Linie Aufgabe
 igh der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft
 igh für die Straßen- und Kleinbahnen. Es ist
 igh gewiß nicht zu verkennen, daß diese alle
 igh Teile zufriedenstellende Lösung seines letzten
 igh sein wird. Sie wird nur gefunden werden
 igh können, wenn die dabei notwendig zutage
 igh tretenden Interessengegenstände zwischen Ar-
 igh beitegeber und Angestellten in dem Maße
 igh ausgeglichen wird, der die gemeinsame Grund-
 igh lage des gesamten Berufes nicht erschüttert.
 igh Der Mittel und Wege geben es mehrere.
 igh Mit allen Kräften muß vorerst auf eine
 igh Verbilligung der Stromkosten gedrängt
 igh werden. Durch eine möglichst weitgehende
 igh Elektrifizierung aller Wasserkräfte muß von
 igh der Kohle frei zu kommen versucht werden.

Ausgaben stehen uns bevor, die zu lösen
 igh nicht mit Schlagwörtern gelingen wird. Nur
 igh ernste, im Gefühle der Verantwortlichkeit
 igh geleistete Arbeit von allen Beteiligten wird
 igh hier einen Ausweg finden können.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Die neuen Löhne in Bonn.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 30. April
 igh wurden die Löhne der städtischen Arbeiterkraft
 igh neu geregelt. Im Allgemeininteresse, um größere
 igh Arbeiterentlastungen zu verhüten, erklärte die
 igh Organisationsleitung sich bereit, von gestellten
 igh höheren Forderungen abzulassen und der Neu-
 igh regelung zuzustimmen. Nach dieses erfolgt die
 igh Jugendliche und Unverheiratete keine Auf-
 igh besserung. Der für diese Kategorien also auch
 igh in Zukunft gültige Lohn beträgt:

Für Jugendliche 14 Jahre alt	RM. 7,-
15 " " "	8,-
16 " " "	9,-
17 " " "	12,-
18 " " "	15,-
19 " " "	20,-
Für Unverheiratete Gruppe 1	RM. 34,-
" 2	33,-
" 3	32,-
" 4	31,-

Den verheirateten Arbeitern sowie den unverheirateten, welche als Haupternährer von Familienmitgliedern in Frage kommen, wurde außer den Löhnen für Unverheiratete eine Lohnerhöhung von täglich RM. 4,- zugestimmt. Für jedes Kind bis zu 14 Jahren werden monatlich RM. 30,- bezahlt.

Diese Lohnregelung hat Gültigkeit ab 1. Mai. Eine wesentliche Aufbesserung wurde den städtischen Schulkindern zuerkannt. Während bisher nur nach Klasseneinheiten bezahlt wurde, soll in Zukunft ein Lohn zugrunde gelegt werden, wie er der Klasse C des Straßenbahntariffs (nach der neuen Regelung RM. 22,- monatlich) entspricht. Wie notwendig diese bereits ab 1. April gültige Aufbesserung war, mag daraus hervorgehen, daß sie 200% und mehr ausmacht.

Haben wir von unseren Forderungen im allgemeinen im Interesse der Solidartät auch Abstriche machen müssen, muß dennoch gesagt werden, daß wiederum ein Erfolg zu verzeichnen ist. Mühe nun auch die Stadtverwaltung konsequent bleiben und Arbeiterentlassungen, zu denen wir unter allen Umständen verlangen geführt zu werden, nach Möglichkeit vermeiden.

Die neue Lohnskala

verabschiedet am 16. April 1920 in Dortmund mit dem Arbeitgeberverband Rheinisch-Westfälischer Städte.

Gruppe I	RM. 4,05 - 4,85
II	4,45 - 4,65
III	4,15 - 4,45
IV	4,05 - 4,25
V	2,80 - 2,90

Die vorstehenden Lohnsätze treten am 18. April in Kraft. Sie gelten für die Ortsklasse A 1. Für Ortsklasse A 2 sind die Lohnsätze 5% niedriger als in Ortsklasse A 1.

ger als in Ortsklasse A 1, für Ortsklasse B um 5% niedriger als in Ortsklasse A 2, für Ortsklasse C um 10% niedriger als in Ortsklasse B, für Ortsklasse D um 10% niedriger als in Ortsklasse C, für Ortsklasse E um 10% niedriger als in Ortsklasse D.

Tarifabschluss in Trier.

Schon über ein ganzes Jahr bemühte sich unser Verband, einen Tarifvertrag nach den Richtlinien des Städtetariffs auch für die städt. Arbeiter und Straßenbahner von Trier abzuschließen. Unsere Bemühungen scheiterten bisher weniger an dem Widerstand der Stadtverwaltung, sondern vielmehr an dem der sozialdemokratischen Verbände, besonders des Metall-, Bau- und Transportarbeiterverbandes. Man vertrat der Verwaltung gegenüber immer den Standpunkt, die städt. Arbeiter wollen einen solchen Tarifvertrag nicht, sondern verlangen die jeweiligen beruflichen Löhne. Hinsichtlich der sozialen Einrichtungen machte man den Deuten weis, diese würden in ganz kurzer Zeit gesetzlich eingeführt. Unsere Mitgliederzahl war gegenüber der Zahl der Beschäftigten zu gering, um unsern Willen durchzusetzen und es hielt auch schwer, die verführten städt. Arbeiter und Straßenbahner eines anderen zu überzeugen. Wir liegen trotzdem nicht locker und somit gelang es uns, Anfang dieses Jahres eine größere Anzahl Mitglieder zu gewinnen. Ende Februar reichten wir der Stadtverwaltung den Entwurf eines Tarifvertrages ein, worauf die Stadt sich auch bereit erklärte, in Verhandlungen einzutreten. Inzwischen gelang es dem sozialdemokratischen Staats- und Gemeindegewerksverband, ebenfalls Fuß zu fassen und schloß sich derselbe unserer Forderung an. Ende März fanden nun die Verhandlungen statt, die auch zu einem befriedigenden Resultate führten. Neben den Wohlfahrtsleistungen nach den allgemeinen Richtlinien wurden Lohnsätze vereinbart:

Für jugendliche Arbeiter vom 14. bis zum 18. Lebensjahre	48-144 RM. wöchentlich
Jugendl. Handwerker nach vollendetem Lehrjahr bis 18 Jahre	132 " "
von 18 bis 21 Jahren	150 " "
ungelernte Arbeiter ab 21 Jahre	182 " "

angelernte	204 " "
Handwerker	216 " "
Arbeiterinnen 1/2 dieses Lohnes	
Schaffner bei der Einstellung	884 " monatlich
" nach sechs Monaten	920 " "
" zwölf	950 " "

Fahrer erhalten zu den Sägen 1 RM. Zulage pro Tag, Hilfskontrolleure 2 RM. Vorarbeiter erhalten pro Stunde 40 Pf. mehr wie die Arbeiter ihrer Gruppe. Sonstige Zulagen werden gewährt von 20 bis 40 Pf. pro Stunde je nach Art der Beschäftigung. Dazu wird eine Kinderzulage von 25 RM. für jedes Kind pro Monat gewährt. In der Zeit vom 10. bis 15. Mai wird der Lohnsatz einer Revision unterzogen.

Bei den Verhandlungen spielten sich eigenartige Dinge ab. Der sozialdemokratische Transportarbeiterverband der die größte Mehrzahl der Straßenbahner noch organisiert hat, hat bis zum 17. März noch keine Forderungen eingereicht. Erst nachdem die Verhandlungen begonnen hatten, bequeme sich die dortige Ortsverwaltung zu einer derartig leuchtenden Forderung, daß wir es kaum verstehen können, wie die Straßenbahner einem solchen Verband noch angehören. Der sozialdemokratische Bauarbeiterverband, der auch Mitglieder hat, hält sich in Schweigen. Anders benahm sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband. Während noch vom letzten Besatz mit seiner Brudervereinigung, dem Staats- und Gemeindegewerksverband, der ihm auf dem Elektrizitätswerk eine Anzahl Mitglieder abspenstig gemacht hatte, erklärte er, der abzuschließende Tarifvertrag kam für uns nicht bindend sein, wir verlangen, daß die Arbeiter des Elektrizitätswerkes nach dem Metallarbeitertariff entschloßt werden. Dieser Verband benutzte admitt die Arbeiter des Elektrizitätswerkes dazu, um seine Forderungen in der Privatmetallindustrie durchzubringen. Bei ausgedehnten Streiks nutzte sich der Arbeitgeberverband, dem auch die Stadt Trier angehört, diesem Herrn gegenüber schnell gefällig zeigen, denn durch den Streit beim Elektrizitätswerk gewann dieser die Aufmerksamkeit und das Interesse der Allgemeinheit sowie ganz besonders der Besatzungsbehörde. Das wußte Herr Theissen der Bevollmächtigte der dortigen Ortsgruppe

Gemeinwirtschaft.

Grundzüge christlicher Sozialauffassung.

(Schluß)

Um solche Sehnung zu pflegen und wirksam zu erhalten, geht die christlich-soziale Staatsauffassung immer wieder von der

Familie

aus. In ihr erblickt sie die Urs- und Keimzelle von Staat und Gesellschaft. Die Gesinnung der Brüderlichkeit, die sich in der Familie erprobt hat, kann allein die Grundlage sein für eine haltbare Staatsauffassung. Erstirbt nicht der marxistische Sozialismus durch das Zerreißen der Familienbände geradezu die Triebe für die Brüderlichkeit, die er zu vertreten vorgibt? Der von der Familie losgerissene Mensch ist in Wahrheit entwürzelt. Er ist der Selbstsucht preisgegeben. Seine Gemütskräfte verdorren. Wie soll da eine höhere Kultur aufblühen? Leben wir nicht schon jetzt infolge der vielfach anzutreffenden Auflösung der Familie in einer Luft eigensüchtiger Verpestung? Der wüste Radikalismus ist die unvermeidliche, üppig wuchernde Treibpflanze auf diesem Sumpfe. Heimkultur im edelsten Sinne des Wortes ist die

christlich-soziale Forderung. Sie allein ist der Nährboden für eine wirkliche Staats- und Menschheitskultur.

Soll indes diese Heimkultur blühen, soll sie den edelsten Kräften die Entfaltung ermöglichen, so müssen wir eine Einrichtung erhalten, gegen die sich heute der härteste Ansturm erhoben hat: das Privateigentum.

Seine Erhaltung ist die natürliche Folge aus der Lösung, die wir aufgestellt haben: Wiedervergeltung nach dem Werte der Leistungen. Die Frucht der Arbeit muß, nach einem Worte Leos XIII., dem zufallen, der sie verrichtet. Sonst ist der härteste Antriebs zur Höherleistung erstirbt. Nach welchen Grundzügen soll sonst die Verteilung erfolgen? Schwindet die Verteilung nach dem Grundsatze der Wiedervergeltung nach Leistung, dann kann sie nur nach dem Rechtsprinzip erfolgen. Staatliches Ermessen ist dann schließlich ausschlaggebend. Und was kommt dabei heraus? Die bitteren Erfahrungen der jetzigen Zeit reden geradezu Bände für das Verderbliche und Verhängnisvolle solcher Verwirrung. Uebertreten kann der extreme Kommunismus gar nicht nach Gerechtigkeit verteilen, denn er würde sich selbst aufheben. Die Leistungen der Menschen sind doch aus der Verantwortung der Menschen

heraus verdrängt. Somit würde eine Verteilung als Wiedervergeltung nach dem Werte der Leistungen sofort wieder auch eine Verschlechterung des Besten herbeiführen. Diese Verschlechterung des Besten aber begründet nach marxistischer sozialistischer Auffassung Klassenunterschiede. Also?

Kun hat natürlich die christlich-soziale Auffassung niemals die Augen verschlossen vor den gewaltigen Mißbräuchen, zu denen der faule Begriff des Privateigentums geführt hat. Sie hätte ja sonst auch die Augen vor den Auswüchsen des Kapitalismus und Kommunismus verschließen müssen. In Wirklichkeit aber haben diese Mißbräuche durch sie viel früher und in viel härterer Form ihre Kritik und Verurteilung erfahren als durch den marxistischen Sozialismus. Ihre Vorkämpfer haben von jeher stark und weitgehende Einschränkungen des Privateigentums nach den Interessen der Allgemeinheit gefordert.

Das Eigentum soll nach dieser Auffassung ab eine soziale Funktion angelesen werden. Das heißt: der Bestehende hat sein Eigentum zugleich im sozialen Interesse zu verwenden und für die in diesem Interesse notwendigen Zugriffe bereit zu halten. Schon die Einkommensteuer erfüllt

man. Leider nur zu leider haben die Räd. Arbeiter und Straßenbahner durch die Taktik des Herrn allzugroßen Schaden erlitten.

Es ist nun eine eigenartige Erscheinung, daß zu derselben Zeit, wo Verhandlungen über Löhne der Räd. Arbeiter und Straßenbahner dem Rathaus stattfanden, Herr Theissen über den Metallarbeiterverband einführte. Arbeiter des Elektrizitätswerkes beim Arbeitgeberverband eintrichtete. Diesen Forderungen hatte sich auch für die Privatindustrie christliche Metallarbeiterverband angeschlossen. Herr nun kam etwas Unglaubliches. Herr Theissen wollte mit den bösen Christen nicht verhandeln, die Arbeitgeber lehnten die Ausschaltung der christlichen Gewerkschaften ab. Es kam zu Bruch und Herr Theissen proklamierte für den 10. April den Streik. Trotzdem, nachdem die Verwaltung von dem Vorgehen Theissens in Kenntnis war, eine Sitzung auf dem Rathaus stattfand, in welcher Herr Theissen die Erklärung gab, den Arbeitern des Elektrizitätswerkes zu empfehlen, den oben bezeichneten Tarifvertrag anzunehmen, traten diese Arbeiter auch in den Streik. Unsere Mitglieder, die sich zur Arbeit begeben, wurden an der Dienstaussübung verhindert. Die streikenden Genossen fuhrten z. B. den schweren Müllwagen vor das Ausfahrtsportal der Straßenbahn und wo das noch nicht reichte, wurden durch allerhand Drohungen unsere Mitglieder an der Arbeit gehindert. Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Staats- und Gemeindearbeiterverbandes erging es nicht anders. Eine recht merkwürdige Rolle spielte hierbei der sozialdemokratische Transportarbeiterverband. Obwohl der Vorsitzende dieses Verbandes in Vertrag mit abgeschlossen hatte, erklärte sich der dortige Ortsverwaltung mit dem Metallarbeiterverband solidarisch. Ja, er versagte sich gar zu der größten Dummheit und verlangte die Entlassung einiger unserer Kollegen wegen Streikbruch. Was wird wohl die Einstellung des Transportarbeiterverbandes zu diesem letzten Treter Führer liegen? Inzwischen haben die Herrschaften nun eingesehen, daß sie durch den Streik nichts erreichen und so wurde am 18. April die Arbeit wieder aufgenommen. Soweit die Räd. Arbeiter in Frage

kommen, werden sie wohl erkannt haben, daß die Taktik der Genossen noch immer zum Schaden der Arbeiterschaft ausgelaufen ist. So können wir auch jetzt wieder sehen, daß der Lohnarif der Metallindustrie nicht günstiger ist, wie der durch uns abgeschlossene. Im Gegenteil, unter Berücksichtigung der sämtlichen Wohlfahrtseinrichtungen kann man sagen, ist er 20% höher zu bewerten. Dieses wird auch von der Arbeiterschaft und den Straßenbahnern entsprechend eingeschätzt und sehen dieselben ein, daß der von uns seit einem Jahre beschrittene Weg der richtige war. Es liegt nun an den dortigen Kollegen die noch Irrgeführten zu überzeugen, damit in Zukunft derartige Vorkommnisse, wie sie sich in Litzier zugetragen haben, nicht mehr möglich sind.

Wollwirtschaftliches u. Soziales.

Sollen die Schuhpreise? „Ja“, „Nein“, je nachdem hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Die Preise für Rohhäute sind auf den letzten Preissteigerungen im April um etwa 40 bis 50 Prozent gegenüber März gefallen. Demnach müßten auch die Schuhwaren in nächster Zeit um ein erhebliches billiger werden. Die Öffentlichkeit nimmt dieses auch an und führt dafür folgende Gründe ins Feld: Gerade bei Schuhwaren ist der Preis für den Rohstoff von großer Bedeutung für den Preis der Fertigwaren. Deutschland hat nur geringe Mengen von diesem Rohstoff, sodas gewaltige Lager von teuer eingekauften Leder nicht vorhanden sein dürften. Zudem hat sie in den 5 1/2 Jahren der steigenden Teuerung immer wieder die Beobachtung gemacht, daß der Preis der Fertigfabrikate sehr schnell den gestiegenen Preisen der Rohstoffe folgt. Wenn auch nicht alle, dann doch der größte Teil der Fabrikanten und Händler waren mit dem Hinansteigen der alten, billigen Waren auf die neuen Preise sehr schnell bei der Hand. Die Jahresabschlüsse der einschlägigen Mittelgeschäftsstellen, der öffentlichen, äußerlich bemerkbare Erfolg der Geschäftsleute bestätigt diese Annahme allzu deutlich.

Wer aber nun glaubt, daß Händler und Fabrikanten jetzt beim Fallen der Preise auch so eilig mit der „Neuauzeichnung“ wären, irrt

sich sehr. Unter Hinweis auf die hohen Einkaufspreise für früher gekaufte Waren, auf erhöhte Löhne, Steuern usw., versuchen sie der Öffentlichkeit glauben zu machen, daß es bei den bisherigen unerwünschten Preisen kein Besseres geben müsse.

Immer das alte Spiel. Ein großer Teil der Schuhgeschäfte ist durch den Zurückgang des Konsums volkswirtschaftlich überflüssig geworden. Der Gewinn ausfall, der durch den Zurückgang des Umlages bedingt ist, wird durch einen erhöhten Aufschlag einzuholen versucht. Die breiten Massen haben die Kosten zu tragen.

Eine Besserung versprechen wir uns von der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft nicht. Aber weshalb wird der Bedarf an Schuhwaren nicht in dem Maße, wie es heute schon möglich ist, auf dem genossenschaftlichen Wege befriedigt. Nachdem die Warenhaussteuer, soweit sie genossenschaftsfeindlich wirkt, beseitigt ist, können unsere Konsumgenossenschaften den Vermittler zwischen Fabrikanten und Händler in Schuhwaren bilden. Also Kollegen, deckt euren Bedarf in Schuhwaren ebenfalls in eurer Konsumgenossenschaft. Das beste Mittel, um sich gegen eine Überbewertung des unnötigen Zwischenhandels zu schützen.

Arbeiterbewegung.

Die Bezahlung der Streiklöhne. Zur Abmilderung des Kampfes hat die deutsche Arbeiterschaft zum Generalstreik gegriffen. Immerhin ist der Generalstreik eine recht zweischneidige Waffe, die für alle Beteiligten schmerzhaft Wunden hinterläßt.

In der Vorstandssitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes am 7. April gelangten die wirtschaftlichen Folgen des Generalstreiks zur Besprechung. Wegen dem den Arbeitern und Straßenbahnern erschwerten Lohnausfall kam es zu folgender, einstimmig angenommener Entscheidung:

Die J. A. G. ist zur Behandlung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Angelegenheiten berufen, ohne die Frage grundsätzlich zu entscheiden, ob die Forderung der wirtschaftlichen Schäden, die die Arbeiter, Angestellten und Beamten infolge des Streiks zur Verteilung der verfügbaren Güter Rechte erlitten haben, dem Staat oder wirtschaftspolitischen Gebiete angehört, erstens die

nach christlicher Soziallehre eine Regelung darauf strebt schon das frühere kirchliche Zinsbot hin, das manche christlich-sozialen Denker heute noch durchgeführt wissen wollen und die Kirche nie ausdrücklich aufgehoben hat. Eigentumsbildung in unbeschränkter Höhe und allen Mitteln ist unzulässig. Eine ganze Menge von Einschränkungen hat das deutsch-rechtliche Prinzip zur Durchführung gebracht. Was heutige Gesetzgebung auf diesem Gebiete alles aufweist, stammt daher. Insbesondere findet sich das deutsche Recht von jeher gegen die einseitig private Ausnutzung solchen Vermögens, wenn die Allgemeinheit nicht entzogen kann.

Die Bodenreform

Es geht sich darauf, wenn sie gegen die Verschwendung und Behandlung des Bodens als einer Sache nach Art jeder anderen Ware auftritt. Man verlangt in diesem Sinne mit Recht eine Abkehr von Übereigentum der Allgemeinheit über den Boden und seine Schätze. Wenn während des Krieges der Staat endlich jaghaft in diesem Sinne vorgegangen ist, so kann es sich auf die rechtlich-rechtliche Auffassung stützen. Ebenso hat die christlich-soziale Auffassung immer und allezeit die ungesunde gemeinschaftliche Spekulation ver-

urteilt und ihre Unterbindung verlangt. Von ihrer vernichtenden Kritik wucherischer Ausbeutung der Notlage haben wir bereits gesprochen. Wird nach diesen Grundsätzen verfahren, dann kommen wir ohne Zweifel zu erträglicheren Verhältnissen als unter der Herrschaft des Individualismus.

So lassen sich Einrichtungen denken, die den Mißbräuchen steuern, die aber das Gute ausreicht erhalten. Die Arbeiterschaft kann am wenigsten wünschen, daß hier das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werde. Sie ist an der Erhaltung der Unternehmungslust mit am meisten interessiert. Sie hat ein Interesse an fortschreitender Kapitalbildung, die für Gewerbe und Industrie Förderung verleiht. Sie steht und fällt ja mit der Blüte des Gewerbes.

Schließlich ist doch auch noch darauf hinzuweisen, daß ohne Privateigentum eine Einrichtung nicht denkbar ist, die wir im kulturellen Interesse unmöglich missen können:

die Caritas.

Wir können unmöglich alles durch Staat und Gesetzgebung regeln. Sollen die wunderbarsten Triebe im Menschen nicht verkümmern, diejenigen, die ihn erst über alles andere Wohlgegn hinaus-

haben, so ist die Möglichkeit fortlat, der Beteiligte zu erhalten. Sonst verweilen und verdorren wir innerlich. Niemals würde auch die beste staatliche Regelung alles Elend aus der Welt schaffen können. Die volle Unterbindung karitativer Betätigung der Einzelnen und einzelnen Körperchaften im Staate widerspricht ja auch der christlich-organischen Staatsauffassung. Trifft das schon für das leibliche Elend zu, wie viel mehr erst für das doch so unlagbar traurige geistliche Elend! Und dann: Wie viel verhörmte Armut wird immer vorhanden sein? Soll sie jämmerlich zugrunde gehen? Und wie viel Hochherzigkeit und Hochsinnlichkeit lebt in so mancher mitben Stiftung, in so mancher privaten Kulturbetätigung! Sollen wir auch da nur nach allgemeinen Rezepten leben? Soll all unsere kulturelle Betätigung den amtlichen Stempel an sich tragen? Soll überall die Schablone maßgebend werden? Welche Einseitigkeit, welche Dede und Leere würde das ergeben?

Alles das spricht für die Erhaltung eines nach sozialistischen Grundrissen beschränkten Privateigentums, dessen gute Möglichkeiten wir der Welt erhalten wollen. Gesunder Sinn deutet ebenso in dieser Richtung, wie alle geschichtliche Erfahrung

H. K. G. an, daß im Interesse der Hebung des Wirtschaftslebens und der Arbeitsfreudigkeit eine baldige Verständigung über die Bezahlung der Streiklage dringend wünschenswert ist. Sie empfiehlt daher den ihr angeschlossenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, soweit es nicht schon geschehen ist, mit größtmöglicher Beschleunigung eine Einigung über diese Frage zwischen den beteiligten Organisationen herbeizuführen. Die Streiklage dürfen auf die Urlaubstage nicht angerechnet werden.

Aus den Ortsgruppen.

Alta. (Straßenbahner.) Die letzte Erhöhung der Gehälter und Löhne für die städtischen Beamten und Arbeiter erforderten einen Mehrbetrag von rund hundert Millionen Mark pro Jahr. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß dieser Betrag zum mindesten aufgebracht werden muß, um den städtischen Beamten und Arbeitern eine den jetzigen Verhältnissen auch nur halbwegs entsprechende Lebenshaltung zu ermöglichen. So notwendig diese Lohnverhöhungen sind, so notwendig muß aber auch diese Summe aufgebracht werden, um überhaupt ausgezahlt werden zu können. Gemeindefiskalisten sind nach dem jetzigen gesetzlichen Steuerrecht, wie auch ihrer Natur nach, beschränkt. Mittelien für laufende Ausgaben aufzunehmen führt immer zur Bankrottswirtschaft. Aufzubringen mußte versucht werden, durch Erhöhung der Gebühren, Preise und Löhne einen Ausgleich zu schaffen.

Bei der Straßenbahn ist man aber an der Höhegrenze angelangt. Wenn nicht jede gesunde Wohnungsreform unmöglich gemacht werden soll, muß mit der Fahrpreiserhöhung Schritt gemacht werden. Seit Januar dieses Jahres hat sich z. B. eine Dreierbenutzer von 9 Mk. auf 10 Mk., um 114 Prozent erhöht. Wo nur zwei Familienmitglieder die Straßenbahn benutzen müssen, überhört schon heute der Fahrpreis die eigentliche Wille ist um das Doppelte. In Zukunft wird daher die Erfüllung der einen berechtigten Forderung nur auf Kosten einer anderen ebenfalls berechtigten erfolgen können, wenn nicht ein anderer Ausweg gefunden wird. Die Lösung dieses Problems weist viele, soweit die Straßenbahn in Betracht kommt, in der Verantwortung der Reichsregierung. Da hiermit zum Ziele zu kommen ist, erfordert allerdings, dass man das Volk, den Reichstag und sonstige Maßnahmen wirtschaftlicher zu gestalten, wenn es am richtigen Ende angeht, wird, einen wenn auch nicht vollen Erfolg bringen. Auf der der besten Verwaltung des Vermögens muß es sein, hier mit allem Verstand und Bewußtsein der Mitverantwortlichkeit mitzuarbeiten.

Nach wenig Verständnis für diese Aufgaben zeigen die Verantwortlichen aber, als die Reichsregierung gelöst werden sollte. Deutsche Nationalversammlung und Reichsstadtkonventionen folgten hatten es abgelehnt diesen Tag als Feiertag zu erklären. Nicht Demonstrationstagen und Verweigerung der Arbeitstage, sondern nur angelegentlich Arbeit kann den deutschen Völkern helfen, was es in der heutigen Zeit zum Leben bitter notwendig hat. Dieser nach echt demokratischen Grundsätzen gefällte Beschluß erfordert Beachtung. Trotzdem wurde seitens der Genossen beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Trotz der gewaltigen Agitation, wobei die Demonstrationen mit Gewalt eine Rolle spielten, trotzdem sich alle Kollegen, die arbeiten wollten, besonders zu melden hatten, fehlten am 1. Mai von den rund 3300 Angestellten der Straßenbahn 1199. Zwei Drittel schaten es ab, dieser un sinnigen Parole zu folgen. Wenn der Betrieb nicht im gewohnten Maße durchgeführt werden konnte, dann nur deshalb, weil die Aufrechterhaltung durch brutale Gewalt zeitweise verhindert wurde. Aber nicht der Großstadtpöbel, der ja immer dabei ist, wenn es gilt, sozialdemokratische Demonstrationen zu unterstützen, ist hier der Schuldige, sondern auch die städtischen Führer des roten Verbandes, die es von vornherein ablehnten, den Pöbel, auf den sie, als ihre Anhänger, doch einen gewissen Einfluß ausüben konnten, vor Ausschreitungen zu warnen. Nur der Besonnenheit unserer Kollegen, die dem drohenden Widerstand aus dem Wege gingen und das städtische Eigentum vor der Zerstörung retteten, ist es zu danken, wenn es ohne große Ausschreitungen abgegangen ist.

Der Schlußteil von dieser verfrachten Ratgeber ist ein Wahnsinn für jeden Teilenden von

35 bis 40 Mk. Die Einnahmen der Straßenbahnen gingen dank des größten Terrorismus um rund 150000 Mk. an diesem Tage zurück. Das große Loch im Stadtsäckel, an dem bisher stets die weitergehenden berechtigten Wünsche der Kollegen überstiegen, wurde anstatt verstopft nur noch weiter aufgerissen.

Damit es aber bei dieser Tragödie nicht an einem lustigen Intermezzo schiffe dafür sorgten zwei Genossen vom Südbahnhof, mit mehr oder weniger freiwilligen Mithilfe eines Mitgliedes der Direktion.

Um den übrigen Genossen ein „gutes Beispiel“ für den „Idealismus“ zu geben, auch mal einen Tagelohn der sozialdemokratischen Anschauung zu opfern, gingen sie hin und beantragten für sich für den 1. Mai Urlaub mit Bezahlung, der auf ihren Jahresurlaub angerechnet werden sollte. Tatsächlich waren dann auch diese beiden Obergenossen auf dem Dienstzettel als „beurlaubt mit Bezahlung“ verzeichnet. Als eine detaillierte Bezahlung des Idealismus rühbar wurde, die eigenen Genossen die Rapscheitelten, verlegnete man die Absicht, sich ohne Opfer an der Sache vorbeizubringen gemollt zu haben.

Der Versuch aber, mit Hilfe eines Direktionsmitgliedes durch einen Anschlag am schwarzen Brett sich rein zu waschen, ist derart bunnt angefaßt, zeugt von einer solchen Naivität, die sie dem Glücke der Unerschlichkeit preisgibt. Wenn neben den beiden Obergenossen auch der Herr Direktor Thomas das Bedürfnis hat, sich zu blamieren, haben wir nichts dagegen einzuwenden. Nach den feststehenden Tatsachen sollte man doch nicht versuchen den Kollegen Märchen zu erzählen.

Wenn unsere volkswirtschaftlichen und sozialen Interessen dem nicht entgegenstünden, müßten wir wohl, nach neben dem 1. Mai auch noch eine Reihe anderer Revolutionsfeiertage einzuführen der Versuch gemacht würde. Mit dem Festtage für unsere christlichen Gewerkschaften sind wir nach den gemachten Erfahrungen durchaus zufrieden.

Frankfurt. Am 25. April fand unsere Quartalsversammlung statt. Der Bes. & war g. l. Zur Tagesordnung stand u. a. ein Beitragserhebung. Im Geschäftsbericht erläuterte Kollege Klug die allgemeine Lage des Wirtschaftslebens und die Lage des Arbeiters im besonderen. Unter den gegenwärtigen trübseligen Zuständen hat die Arbeiterschaft besonders zu leiden. Von letzten der übrigen Länder sind dauernd auf die hohen Löhne hingewiesen. Daß aber der Arbeiter auch etwas mehr braucht, als nur die Nahrung für sich und die Seinigen, daß er Schutz und Kleidung braucht, daran denken jene Kreise nicht. Die Arbeitsscheiter haben eben keine Dauer mehr, weil es lauter Entlassstoffe sind.

Für die städtischen Arbeiter Frankfurt verstanden wir einen den jetzigen Verhältnissen Rechnung tragenden Lohnsatz zu erreichen. Die bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen zeigten aber, daß die Verwaltung der Stadt Frankfurt nur geringes Verständnis für die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft hat. In 2 Verhandlungsterminen wurde eine Einigung nicht erzielt. Der von Arbeitnehmerseite angerufene Schlichtungsausschuß schickte nach längeren Verhandlungen den bekannten Schiedsspruch. Mit den in diesem Schiedsspruch aufgestellten Sätzen können wir uns auf keinen Fall einverstanden erklären. Bei Beginn der Verhandlungen schon konnte man die Beobachtung machen, daß es dieses mal nicht so leicht würde, unsere Forderungen durchzubringen. Der Magistratsvertreter stellte nach Bekanntgabe unserer weiteren Forderungen ebenfalls eine Forderung und zwar, daß der neue Tarif sowie die neuen Lohnsätze auf das Haus- und Pflegepersonal der Krankenhäuser keine Anwendung finden sollte. Von dem sozialdemokratischen Verband wurde dies sofort abgelehnt. Unser Zentral-Vorsitzender Denbach der anwesend war, erklärte, wenn das betreffende Personal einen befriedigenden Tarif bekommen sollte, müßten aber in demselben gegenüber dem anderen Tarif keine Verschlechterungen für das Personal enthalten sein. (Diesen Ausspruch benutzte der Beamte Schneider vom roten Verband in der ersten Versammlung des Krankenhausespersonals um gegen uns zu gehen.) Der gefällte Schiedsspruch hat die Zustimmung des genannten Personals ebenfalls ausgesprochen.

Die Ursache des Widerstandes der Stadtverwaltung liegt unserer Ansicht nach aber ganz wo anders, nämlich in der Unmöglichkeit der städtischen Arbeiterschaft. Daran ist aber nicht

die Arbeiterschaft selbst schuld, sondern einige Führer, vor allem der Beamte W. Schneider. In Schriften und Reden werden die Arbeiter aufgefordert, sich zu schließen und zu bilden, was nun die Kollegen und bilden sich ein eigenes Urteil über ihre Lage und bringen ihre Meinung zum Ausdruck, dann wehe den Kollegen, wenn diese Meinung nicht in das Programm Schneiders und jener Genossen paßt. Dann hört man allerlei Kosenamen wie Thioten, Schwachhinnig usw. Mit solchen Maßnahmen wird man aber auf die Dauer eine Arbeiterschaft nicht zum Zuge führen können. Der Gewissenszwang, der im Januar 1919 ausgeübt wurde, ist auf die Dauer nicht haltbar. Das mögen sich auch jene gefällig sein lassen, die nur das Heil in der Politik der Gewerkschaftsbewegung erblicken. Schneider wußte es auch zu verhindern, daß eine gemeinsame Auffstellung des Tarifes mit unserem Verband erfolgte. Unsere Teilnahme an den Verhandlungen konnte er aber nicht verhindern.

Der Kassenbericht zeigte auch in diesem Quartal gegenüber dem vorigen einen erfreulichen Fortschritt. Mit dem 1. April gingen die Kassenbestände um den Kassierer Kollegen Bürger hinter dem Kassierer Nr. 10, über. Konnte abrechnung und Kartenausgabe finden nur bei dem Kassierer statt. Die vom Vorstand beschlossene Beitragserhöhung wurde einstimmig angenommen. Der Beitrag beträgt ab 1. Mai für das Hauspersonal 1.40 Mk., für alle übrigen Mitglieder 1.75 Mk. Die bedeutende Erhöhung der Kartellbeiträge machte die Erhöhung des Lokalbeitrages ebenfalls notwendig. Satzung des Mitgliedsbeitrages seit 1. April hat sich eine Neuordnung des Beitragsausmaßes wofür als notwendig erwiesen. Wir bedürfen einer Anzahl freiwilliger, die im Interesse unserer Sache eine Arbeit übernehmen.

Zu verschiedenen wurde von einem Kollegen vom Straßenreinigungsbereich Vorkonferenz geschickt, wie in letzter Zeit der hiesige Vertrauensmann des roten Verbandes, Kammeler gegen unsere Kollegen vorgeht. Mit überzeugenden Worten kann er sich nicht helfen, um so sehr aber mit gemeinen Scherzworten, damit wir er aber gerade das Gegenteil erreichen. Unsere Kollegen werden ihm schon die richtige Antwort zu geben wissen. Ihm Schutz ermahnen die Vorstände nochmals alle Mitglieder, an dieser Bewegung teilzunehmen. Ein jedes Mitglied sei auch Mitarbeiter sein an der Ausbreitung unserer Verbände und zur Vereinhaltung unserer gemeinsamen Ziele.

Darmen Oberfeld. Nachschickte 11 die Hinterbliebenen der Märzrevolutionäre. Von Seiten der sozialdemokratischen Aktionskommission und der freien Gewerkschaften wurde beschlossen, in allen Bezirken eine Geldsammlung zu veranstalten, aus dem Beträgen die Märzrevolutionäre unterstützt werden sollen. Der zu spendende Betrag soll einen vollen Tagelohn betragen und in wöchentlichen Raten eingezahlt werden. Bisher es üblich, wenn betrieblige Sammlungen veranstaltet wurden es dem freien Willen und der Leistungsfähigkeit des einzelnen zu überlassen. Jetzt aber geht man davon ab und fordert Beträge, die in seinem Verhältnis zu dem Zweck stehen, für die Sammlung heranzuführen wird. Die Forderungen der Sozialdemokraten bei der Agitation, die Kosten der Fürsorge für die Hinterbliebenen der Märzrevolutionäre zu übernehmen sind zum Teil bewilligt worden. Damit ist die freiwillige Unterstützung auf ein Minimum beschränkt worden. Es erscheint recht zweifelhaft, daß die gesammelten Gelder tatsächlich für diese Zweck bestimmt sind, und es erweckt den Anschein, daß zunächst die Zentralräte, Aktionskommissionen und deren untergeordnete Organe (mit Garbe) von diesen Geldern ihr Dasein fröhnen. Auch wird man es wohl mehr darauf abgesehen haben, einen Kamassions anzulegen, als die Hinterbliebenen der Märzrevolutionäre zu unterstützen. Würde es sich nur darum handeln, unbedingte in Not Geratenen unter die Arme zu greifen, so wird wohl kaum einer zurückbleiben an alleruntersten die christlichen Gewerkschaften. Daß man hier an die Opferwilligkeit der christlichen Gewerkschaften appelliert, zeugt von einem großen Inkonsequenz. Darüber dürfen sich doch wohl die Helfen der Märzrevolution im Klaren sein, daß, wenn man auf der einen Seite die christlichen Arbeiter durch brutalen Terror drohen macht, man nicht auf der anderen Seite von ihnen verlangen kann, daß sie für die Opfer

ist zweifelhaft, ob diese, Unterstellungen in der gleichen Höhe, die nicht mehr freiwillig, sondern erzwungen werden sollen, geben. Sie können deshalb unsern Mitgliedern nur schaden, solange christlich organisierte Arbeiter nicht auf dem Straßenschauplatz stehen und für den Fall diesen brutalen Terror erlittenen Schäden nicht entschädigt werden sind, die Zahlung von Geldern zur Unterstützung der Hinterbliebenen ablehnen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß diese Maßnahme für die Arbeiter nicht bedeuten es ist die einzige Konsequenz, die aus dem Treiben der freien Gewerkschaften zu ziehen ist. Für die christlichen Gewerkschaften liegt die Aufgabe, für die arbeitslos gewordenen Mitglieder zu sorgen, näher, wie die Sorge der Magistrate. Wo man verhindert, angewiesene Arbeiter einzustellen, sollte man es im Verhandlung oder dem Kartell mitteilen, von aus dann weitere Schritte unternehmen. Mit aller Entschiedenheit muß eine Presserpolitik, wie sie von links beliebt wird, ihre Schranken zurückgewiesen werden.

Bären. (Gemeindearbeiter.) Infolge der hohen gestiegenen Preise für Lebensmittel und hohe Lebenshaltungskosten war es der hiesigen Arbeitervereine nicht möglich, mit den früheren niedrigen Lohnsätzen auszukommen. Unser Verband, sowie der Gemeinderat und Staatsarbeitsverband, reichlich dages Ende letzten Jahresverwaltung neue Forderungen ein. Da alte Tarif bis 31. März abgeschlossen war, billigte man durch Stadtratsbeschluss sämtliche hiesigen Arbeiter eine Lohnanpassung. Der Tarif für die Gemeindearbeiter ab 1. April beträgt nunmehr für Handwerker und Bauarbeiter 1.50 Mk. die Stunde, angelernte Arbeiter 1.40 Mk. und 1.20 Mk. ungelernete Arbeiter 1.30 Mk. Jugendliche erhalten mit 14 Jahren 1.40 Mk. die Stunde, 15 Jahren 1.30 Mk., 16 Jahren 1.50 Mk., 17 Jahren 2. — Mit diesen erhöhten die Jugendlichen die Lohnsätze ihrer Eltern und eine besondere Zulage von 1. — Mk. pro Stunde.

Während in der Zeit vom 20. bis zum 30. eine Nachprüfung der Lohnsätze erfolgen sollte, ist es durch den Anstieg der Preise für Lebensmittel und die damit verbundenen Schwierigkeiten in den Straßen bis zu 10% zu überwinden.

Wien. In der am 28. April in der hiesigen Arbeitervereine durch Kollege Ring abgehaltene die Diskussion eines christlichen Gewerkschafters in und außerhalb der Organisation. In einem großen Teil der Arbeitervereine hat sich bis jetzt der gewerkschaftliche Kampf nicht so durchgeführt, wie man es in einem jeden Arbeiter verlangen muß. Die Arbeiter sind noch nicht selbstständig genug in ihrer eigenen Meinung, sie begreifen sich wohl in Zusammenhängen und bei anderen Gelegenheiten unsere Sache, kommt aber kurz danach jemand, der einer anderen Richtung angehört, kehrt sie in seinem Sinne so um, daß sie erstere wieder und stimmen auch diesem zu. In solchen Kollegen ist eine Bewegung wie die, die nicht voran zu bringen. Von uns werden wir verlangen, daß sie ganz und gar ihre eigene Meinung, die einem unangenehm ist, nicht gerade mal was anderes erzählt. Um sich eine gediegene gewerkschaftliche Bildung anzueignen, und auch anderen darüber seine Anschauung vertreten zu können, es notwendig, daß man aufmerksamer sein bandvoran liegt. Als guten Gewerkschaftler man nur den Kollegen ansehen, der den hat, gegenüber dem wegen seiner Anschauung streiten. Eifersüchtigen unter den Kollegen sind auf keinen Fall zuzulassen, denn dieses ist Anfang der Zerstückelung. Weichen Nachbarn Kollegen und der gesamten Arbeiter dadurch entgegen, haben uns schon vor dem Beispiele gezeigt. Im übrigen muß im gewerkschaftlichen Leben und bei allen anderen Anlässen, wenn wir zusammen getreten sind, wir in dieser Hinsicht von uns einig sein. Wir finden uns überall zusammen. Einer unter den Anführern der Bewegung und der Arbeiter als christliche Gewerkschaftler auch eine solche nicht werden, dann werden wir es auch so machen, daß wir den anderen im Entschlossen sind, es es mehr. Wir werden uns am Sonntag den 15. April, in einer 10 stündigen Sitzung in der

erwähnte Kollege Kerschhoff (vom Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter), daß wir diesen Tag als Feiertag ganz entschieden ablehnen ganz besonders unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Gegen einen „Feiertag der Arbeit“ sind wir nicht, dafür kann aber schon ein bezeichnender geistlicher Feiertag genommen werden. Unsere Kollegen müssen aberall ihren Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen suchen. Kollege Ring gab dann zum Schluss noch bekannt, daß nach Mitteilung des Vorstandes der Staatsvereinerung die endgültige Regelung des Lohns tarifes am 10. Mai erfolgen soll. Die Verhandlungen finden an diesem Tage in Warburg statt.

Offenbach. In Offenbach trat mit dem 1. April unsere Ortsgruppe ins Leben. Eine Anzahl Kollegen und Kollegen war schon seit einiger Zeit vorhanden. Mit der Gründung der Ortsgruppe trat noch eine Anzahl Kollegen, die dem christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband angehören, zu uns. Damit ist ein Stamm guter Gewerkschaftler zur Führung der Geschäfte und zur Agitation vorhanden.

Als Vorsitzender wurde der Kollege Andreas Sell gewählt. In diesen müssen sich die Kollegen in allen Angelegenheiten wenden. Die Pflicht ist es nun, für die Ausbreitung unseres Verbandes bei den hiesigen Arbeitern und auch bei den Straßenbahnern zu wirken. Eine große Anzahl hiesiger Arbeiter Offenbachs ist gegen ihre Überzeugung im sog. Verband organisiert. Diese für uns zu gewinnen, muß unsere erste Aufgabe sein.

In den Verhandlungen über den neuen Lohn tarif hat Kollege Frankfort, als Vertreter unseres Verbandes teilgenommen.

Wien. Am 21. April fand eine von unserer Ortsgruppe einberufene, gutbesuchte Versammlung statt. Nachdem seitens einiger unserer Mitglieder die Meinung vertreten wird, daß die von unserem Verbands geforderten Lohnsätzen von 7 Mk. ab 1. April und 8 Mk. ab 1. Mai zu niedrig seien, war eine Klärung am Werke. In der Versammlung erschien der Bezirksleiter Weigler, der die Gründe darlegte, die zu obiger Forderung geführt haben. Haben sich die Verhältnisse in der Welt verändert, daß unsere Forderungen durch die Lohnerhöhung überholt sind, so müßte bei den mündlichen Verhandlungen ein diesbezüglicher Antrag gestellt werden. Der Umstand, daß seitens des sog. Verbandes für sofort eine ähnliche Zulage von 8 Mk. gefordert werde, sei für uns nicht bestimmend. In der nun folgenden Aussprache nahmen mehrere Kollegen Stellung zu der nun eingereichten Lohnerhöhung infolge der Erhöhung der Preise für Brot, Mehl, Fleisch usw. Eine gewisse Beunruhigung herrschte auch deshalb auf, weil die unabhängigen Arbeiter des Stadtbauamts, die nach dem Tarif des Baugewerbes bezahlt werden, fast den doppelten Lohn wie die nach dem hiesigen Tarif bezahlten Kollegen erhalten. Auf die Anregung der Kollegen, es sollen beide Organisationsleistungen gemeinsam vorgehen, erklärte Bezirksleiter Weigler, daß diese Ver suche schon vergangenes Jahr beim Gauleiter Weigl unternommen wurden, der es aber ablehnte. Inwieweit aus organisatorischen Gründen, heute diese die Sache so, daß wir dort, wo wir eine Meist verlangen fordern als die Gewerkschaft, als der billige Jakob bezeichnet werden und, wo wir mehr fordern als sie, wird uns der Vorwurf gemacht, wir trieben Schmutzanturzen. Diese Klärungssitzung kann uns nicht beirren, selbstständig unsere Forderungen einzusetzen und zu verteidigen. Zur Sache selbst wurde zum Beschluß erhoben, unsere Forderungen für die mündlichen Verhandlungen so zu formulieren, daß die Arbeiterinnen und selbige Arbeiter eine Zulage von 8, die verarbeiteten Arbeiter eine solche von 10 Mk. pro Tag erhalten sollen. Außerdem sollen die Kinderzulagen von 15 Mk. auf 30 Mk. erhöht werden. Ferner gab Kollege Weigler einen kurzen Bericht über die Konferenz in Regensburg. Zur Beitragserhöhung beschloß die Konferenz am 1. Mai den Wochenbeitrag auf 1.50 Mk. zu erhöhen und den Lokalbeitrag auf 20 Pf. pro Woche festzusetzen. Stadtrat Meyer H. erklärte, für die Forderungen ein treten zu wollen. Mit dem Dank an die Teilnehmerinnen und die Kollegen Weigler und Meyer schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Während es war eine große Freude zu sehen, als unsere Mitarbeiter sich am Sonntag den 15. April, in einer 10 stündigen Sitzung in der

Versammlung eingehenden hatten, um die Belehrung und Ausklärung zu holen über die gewerkschaftlichen Vorgänge in letzter Zeit, besonders über das neue Lohnabkommen, über welches sich denn auch der Kollege Kruppel in einem Vortrage eingehend vermittelte. Sodann wurden für unsere Ortsgruppen folgende Beitragsleistungen festgelegt: a) Weibliche wöchentlich 1. — Mk., b) Jugendliche 1.50 Mk. und für zwölf jährige Arbeiter 2. — Mk. und zwar ab 1. Mai 1920. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender wurde Leonh. Heintzsch, 2. Vorsitzender Kentergen, 1. Schriftführer Otten, 2. Schriftführer Kapper, 1. Kassierer Jansen, 2. Kassierer Götz und Beisitzer Jöbges.

Zum Schluss wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß sich unsere junge Ortsgruppe, welche erst 3 Monate besteht, gut entwickelt habe, und zwar habe die Mitgliederzahl, welche bei der Gründung 28 betrug, jetzt schon die hiesige Zahl von 120 erreicht. Das sei der eigentliche Kern und Aufführungskraft zu verdanken, welche innerhalb der Ortsgruppen geleistet worden wäre. Sodann forderte er alle Anwesenden auf, weiter in dieser Arbeit fortzuarbeiten, damit auch in Abseht die Zukunft dem christlichen Gemeindearbeiterverband gehöre, denn nur durch die Mitarbeit aller können diese Fortschritte weiter angebahnt werden zum Segen der gesamten Arbeiterklasse.

Wien. Am 12. April hielt die Ortsgruppe der Provinzial Heil- und Pflegeanstalt eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Damiade, eröffnete die Versammlung und wies in kurzen Worten auf die Wichtigkeit der Tagesordnung hin, welche hauptsächlich den neuen Tarifvertrag umfaßte. Er begrüßte den Kollegen Meiser-Bonn welcher uns die jetzt noch ein Vermittlung, unsere Interessen jedoch schon seit längerer Zeit vertreten, und erteilte ihm hierauf das Wort. Kollege Meiser legte in längeren Ausführungen die Inhalt des Tarifvertrages dar und erinnerte dabei an den 30. und 31. Dezember, wo die Verhandlungen zu unserem ersten Tarifvertrag stattgefunden hatten. Selbst war es in diesem Jahr nicht der Wunsch einer jeden Gruppe durchzuführen gewesen. Die jetzige Erneuerung wurde jedoch die bestehenden Mängel beseitigen, indem ein Gehalt zur Zufriedenheit des hiesigen Personals zu erwarten sei. Nach einer lebhaften Diskussion erwarnte dann Kollege Meiser in seinem Schlußwort die Mitglieder zur weiteren treuen Mitarbeit, denn nur durch solchen Zusammenhalt werden wir das Beste bewahren und in Zukunft verbessern. Einen ausführlichen Bericht über den neuen Tarifvertrag werden wir demnächst folgen lassen.

Wien. Am 19. April fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der Gemeindearbeiter statt. Der Vorsitzende, Kollege Strobel, begrüßte die Teilnehmer, besonders den Bezirksleiter Kollege Wittetud, der über den Stand der Tarifbewegung berichtete. Abschließend daran sprach Kollege Wittetud über die Vorgänge auf wirtschaftspolitischem Gebiet und behandelte ausführlich den Generalstreik infolge des Kapp-Putsch.

In der Diskussion an der sich außer dem Arbeitersekretär Hornmann noch eine Anzahl Kollegen beteiligten, kam mit elementarer Gewalt zum Ausdruck, daß der Generalstreik für die Folge das ungeeignetste Mittel ist, die Einigkeit unter der gesamten Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten. Bis tief in die Reihen der Mitglieder der freien Gewerkschaften sei diese Meinung vertreten. Es wurde bestimmt betont, daß man erwartet, daß der Stadtrat die Streiftage reitlos bezahlen soll. Inwiefern dies zu werden erklärt, daß dann für die Folge für derartige politische Aktionen die Arbeiterklasse sich nicht mehr mißbrauchen lassen werde. Die den Generalstreik proklamieren, können auch für die Kosten aufkommen. Es sei heute keine Kleinigkeit, drei Tage Lohnelnduße zu haben. Kollege Strobel berichtete dann über die am 11. d. Mts. statt gekommene Bezirkskonferenz in Regensburg, und unterstrich besonders die dort gefaßten Beschlüsse betreffend der Beitragsleistungen. Demnach wurde beschlossen einen wöchentlichen Beitrag für die besser Entlohnerten von 2 Mk. für die übrigen Kollegen einen solchen von 1.50 Mk. ab 1. Mai zu ergeben. Diesem Beschlusse stimmten die Teilnehmer und mit dem Wunsch, daß die

Die Versammlungen so zu besuchen, wie heute, schloß der Vorsitzende die nach jeder Richtung hin sehr lehrreiche und anregende Versammlung.

Silbesheim. Am Donnerstag, den 30. April fanden hier Lohnverhandlungen statt. Der „freie“ Gemeindefacharbeiterverband hatte eine Forderung von 5,20 5,30 und 5,40 Mk. pro Stunde eingereicht. Als Agitationsmittel läßt sich eine solche Forderung sehr gut gebrauchen. Auch wir haben auf dem Standpunkt, daß man einen solchen Lohn gebrauchen kann. Wenn aber am Orte in der Industrie 3,45, 3,65 und 3,85 Mk. zuzüglich 30 Pfg. ab 1. Mai bezafst wird, dann ist es leicht zu ersehen, ob man mit solchen Forderungen ernsthaftige gewerkschaftsarbeit leisten kann. Eingangs der Verhandlungen erklärte der Herr Oberbürgermeister, daß die eingereichten Forderungen unerfüllbar seien, wenn die Forderungen so hoch geschraubt würden, müsse die Stadt einen Teil ihrer Leute entlassen. Es sei unmöglich mit den Einnahmen die Ausgaben zu decken. Von unserm Beamten wurde erklärt, wenn der Magistrat auf dem Standpunkt stehe, die Industrielöhne als Richtschnur anzunehmen, so sei daran an und für sich nichts einzuwenden, aber die mit dem deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossenen Lohnsätze könnten nicht den Charakter von zeitgemäßen Löhnen beanspruchen. Unsere Forderung gehe dahin, zu den Sätzen der Industrie vom 1. April für April 25 Pfg. und vom 1. Mai ab 50 Pfg. zuzulegen. Auch diese Forderung glaubte der Herr Oberbürgermeister nicht annehmen zu können. Nachdem auch der Beamte des freien Gemeindefacharbeiterverbandes selbst erklärte, die eingereichten Forderungen könnten von ihm nicht vertreten werden, (gemeint sind die des freien Verbandes) betonte derselbe, die von uns vertretenen Forderungen müßten aber angenommen werden. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, die Verklammerung wurde verrät. Jedenfalls ist es angebracht sich zu merken, daß die Forderung der freien Gemeindefacharbeiter von ihrem eigenen Beamten nicht vertreten werden konnte. Somit können sie auch nicht agitatorisch verwandt werden. Praktische Gewerkschaftsarbeit erfordert Forderungen, den örtlichen Verhältnissen entsprechend zu stellen, damit die sonst notwendige Gattiduldung den Kollegen erspart bleibt.

Walden (Oberf.). In einer Mitgliederversammlung unseres Verbandes am 20. April sprach der Bezirksleiter Mittelrand über den Stand der Tarifbewegung in unserm Bezirk. Mit Rücksicht darauf, daß ein Konkursstart für Bayern kaum in absehbarer Zeit zu erwarten sei, haben die Organisationskommissionen einen Konkursstart zur Durchführung zu bringen. Verhandlungen in dieser Sache haben am Samstag im Rathaus zu Kürnberg begonnen und waren die Vertreter der in Frage kommenden Städte hierzu eingeladen. Es mußte jetzt abgemartelt werden, bis die Verhandlungen, die hauptsächlich zu einem günstigen Ergebnis für die Arbeiterschaft führen werden, abgeschlossen sind. In der sich an den Vortrag anschließenden Aussprache wurde betont, daß eine Vorzahlung auf die Plätze sei, weil die enorm gesteigerten Lebensmittelpreise ein Auskommen fast unmöglich machen. Dann wurde noch Klage geführt darüber, daß auf den Lohnzetteln die Arbeitsstunden nicht angegeben sind. Letzteres führt manchmal zu Unrichtigkeiten. Man einige sich dahin, daß der Bezirksleiter mit dem Vorsitzenden des Vertriebsrates Kollege Ramlauer anderen Tages beim Herrn Bürgermeister vorprechen soll. Dies ist auch geschehen und versprach der Herr Bürgermeister den Wünschen der Arbeiterschaft entgegen zu kommen, zumal der neue Tarifvertrag rückwirkende Kraft ab 1. April erhalten soll.

Aus der Pfalz. Bis Ende des Krieges waren die pfälzischen Stadtarbeiter fast nur im sozialdemokratischen Staats- und Gemeindefacharbeiterverband organisiert. Die erste Breiße wurde in Ludwigshafen gelegt, wo die erste Ortsgruppe unseres Verbandes eingeführt wurde. Die Mitgliederzahl dorfselbst ist nach eine bescheidene und es wird von der Tätigkeit der dortigen Kollegen abhängen, was für eine weitere Entwicklung diese nimmt. Auf alle Fälle werden die Ludwigshafener Kollegen alles aufbieten müssen, um sich gegenüber dem roten Terror Stellung zu verschaffen. Auch in Birkenfeld haben vor Jahresfrist die durch die pfälzischen Stadtarbeiter die Zeit für genommen zur Gründung einer Ortsgruppe unseres Verbandes.

Mancher dürfte ob dieses Vorkommnisses gestutzt haben, jedoch die führenden Kollegen wußten was sie wollten und jener Wille ist auch heute noch, vielleicht in noch härterer Maße vorhanden. Am 1. Mai hatte die Mitgliederzahl der Ortsgruppe Birkenfeld die Zahl 50 erreicht. Der kluge Einsatz der Führer ist es danken, daß in allen, sämtlichen die pfälzischen Arbeiter interessenfragen, beide Ortsgruppen Hand in Hand, also geschlossen, vorgehen. Trotzdem die pfälzischen Arbeiterführer jedem Kampf nicht aus dem Wege gehen, ziehen sie es in kluger Weise jedoch vor, in friedlicher Weise miteinander zu arbeiten. Was für Arbeiten bei ziner Gründung bis Erreichung einer Mitgliederzahl von 50 zu bewältigen sind, wissen nur jene, die hier mitgeholfen haben. Was seit Jahresfrist in Birkenfeld, unter tatkräftiger Mithilfe unseres Verbandes, erreicht wurde, wissen alle beteiligten Arbeiter zu schätzen. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Organisationsgeist auch in den anderen pfälzischen Städten und Orten sich Eingang verschaffen möge. Zweifellos sind überall nichtsozialistische Arbeiter vorhanden, nur dürfte es dort noch an Mut und Unternehmungsgestalt fehlen.

Ulm. (Straßenbahner.) Unangebrachte Sparsamkeit könnte man das Verhalten eines großen Teiles der hiesigen Straßenbahner, soweit sie im Unterbeamtenverhältnis stehen, nennen. Bis vor etwa einem Jahre gehörten diese Kollegen zum großen Teile unserem Verbande an, der sich auch mit Erfolg für die Interessen dieser Kollegen einsetzte. Einigen Gerngroßen aber paßte es nicht mehr mit den übrigen Straßenbahnern, die keine Beamten sind, in einer Organisation vereinigt zu sein. Um ihren Dünkel zu bestreben, propagierten sie daher den Austritt aus der Organisation und benutzten dazu die angeleglich „hohen“ Beiträge in unserem Verbands. Die Wehrzahl der beamteten Kollegen hat auch auf diesen Schwindel herein und trat aus. Nunmehr hat sich aber das Blatt gewendet. Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen schließen mit den Verwaltungen Tarifverträge ab. Der ab 1. April gültige Vertrag für die Städte Württembergs sichert den Arbeitern und nichtbeamteten Straßenbahnern ein höheres Einkommen, wie es den mit Beamtenverhältnis angestellten Kollegen in Ulm gewährt wird.

In letzter Zeit sind nun diese Kollegen an uns herangeritten mit der Frage, was zu machen sei, um auch ihnen wenigstens die nämlichen Vorteile zu sichern, die die Arbeiterschaft durch die Tarifverträge errungen habe. Die Antwort auf die Frage, was jetzt zu machen sei, wollen wir hiermit öffentlich geben. Solange die Kollegen eine gemeinsame Organisation mit den nichtbeamteten Kollegen ablehnen, müssen sie sich mit dem zufrieden geben, was ihnen von oben herab gnädig bewilligt wird. Nicht ein gesundes Ständebewußtsein und angemessene Löhne, sondern der vorhandene Beamtenbüttel muß ihnen vorerst als Ersatz für die höheren Löhne der Arbeiter gelten.

Erst wenn diesen zum großen Teil verführten Kollegen, Solidarität und Kollektalität kein leerer Begriff mehr ist, sie sich von dem Beamtenbüttel freigemacht und den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden haben, dürfte es für den Verband ein leichtes sein, auch die berechtigten Wünsche dieser Kollegen zur Erfüllung zu bringen.

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 16. bis 22. Mai ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen:
 Vom 4. Quartal 1919: Zwidau, Ravensburg.
 Vom 1. Quartal 1920: Raibor, Danzig, Kronach, Immigrath, Würzburg (Gem.), Bodendorf, Koltraushausen, Dannover, Kallowitz, Rheine, Frankfurt, Amberg, Bochum (Str.), Wartenfels, Duisburg, Euskirchen, Herde, Soest, Bonn (Gem.), Boppard, Cherrhausen, Neuwies, Ludwigshafen, Rees, Ingolstadt, Wiesbaden, Witten, Trier, Galkhausen, Gleiwitz, Ravensburg, Germerstein, Bingen, Emmendingen, Gladbeck, Rumburg, Reul (Gem.), Steinach, Dillingen, Bonn (Str.) und Scheuring.
 Der Zentralvorstand.

Die neuen Postsätze.

Mit dem 6. Mai traten die neuen Gekührensätze für die Postbeförderung in Kraft. Sie betragen jetzt:

Briefe (Orts- u. Fern-) bis zu 20 Gramm über 20 bis 250 Gramm
Postkarten (Orts- u. Fernverkehr) Drucksachen bis zu 50 Gramm über 50 bis 100 Gramm
 „ 100 „ 250 „
 „ 250 „ 500 „
 „ 500 „ 1 Kilogramm

Geschäftspapiere bis 250 Gramm über 250 bis 500 Gramm
 „ 500 Gramm bis 1 Kilogramm

Warenproben bis 250 Gramm über 250 bis 500 Gramm
Mischsendungen bis 250 Gramm über 250 bis 500 Gramm
 „ 500 Gramm bis 1 Kilogramm

Päckchen bis 1 Kilogramm 1 Mk.
Pakete

Nachzone Fernzone	
bis zu 5 Kilogramm	1,25 Mk.
über 5 bis 10 Kilogr.	2,50 „
„ 10 „ 15 „	3,75 „
„ 15 „ 20 „	5,00 „

Für dringende Pakete wird die dreifache Gebühr, für Sperrstücke ein Zuschlag von 100 o. p. erhoben. Sperrige dringende Pakete sind vom Sperrgutzuschlag befreit. Wertsendungen. Außer der Einschreibgebühr wird erhoben eine Versicherungsgebühr bei Wertbriefen für je 1000 Mk. Wertangabe. Wertpaketen bis 500 Mk. über 500 bis 1000 Mk. 1000 für je 1000 Mk. oder einen Teil davon.

Telegraphen. Wortgebühr für Orts- und Ferntelegramme 20 Pf., mindestens 2 Mk. Wir bitten unsere Ortsgruppenvorstände dringend die vorstehenden Sätze genau zu beachten. Den notwendigen Bescheid zu der Hauptgeschäftsstelle und Ortsgruppen durch die Zahlung von Strafpapier noch mehr zu verteilen, liegt keine Verantwortung ob. Wir legen uns daher voran, daß nur die Nichtbeachtung obiger Vorschriften einfließende Strafpapier zu Lasten der betreffenden Ortsgruppe zu buchen.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen:
 Johann Zirwas, Koblenz
 Josef Kulkowski, Herde
 Wilhelm Dider, Rees
 Johann Schmidt, Essen
 Thomas Schuster, Münster
 Ehre ihrem Andenken!

Gewerkschaftsjetretäre gesucht.

Für die Verwaltungsstellen Düsseldorf und Stuttgart suchen wir je einen Beamten. Bewerber müssen rednerische Begabung haben und in christlichen Arbeiten bewandert sein. Es foderlich ist mindestens zweijährige Mitgliedschaft in einer christlichen Gewerkschaft. Bewerbungen schreiben mit Lebenslauf und 1. Juni an den Zentralvorstand, Köln, Postfach 9, anzureichen.

Redaktion und Verlag
 D. W. K. A. N. N. Köln, Postfach 9.
 Druckerei des Volkswohlfahrt-Verlags, Köln, Postfach 9.